

# solik aktuell



## Verfassungsauftrag

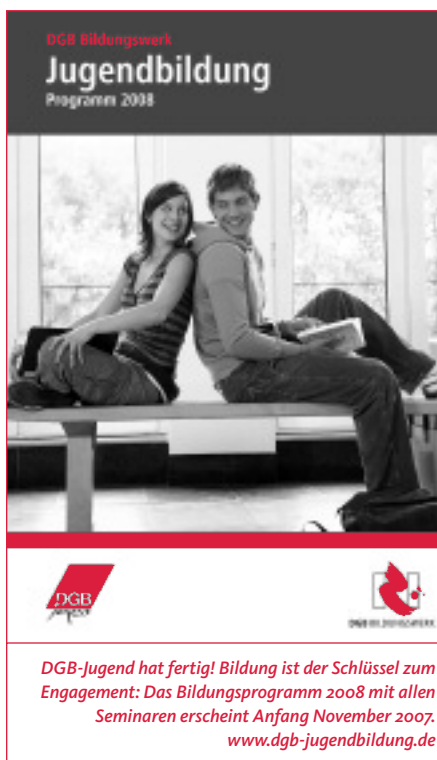
**Schluss mit »Generation Abgeschoben«: Schüler und Gewerkschaften kämpfen gemeinsam für ein Grundrecht auf Ausbildung.**

**A**usbildung muss einklagbar sein: Der DGB und die Bildungsgewerkschaft GEW stellen sich hinter die Forderung mehrerer Landeschülervertretungen nach einem Rechtsanspruch auf Ausbildung. Gemeinsam sind sie am 24. September 2007 in Berlin vor die Öffentlichkeit getreten. Der hessische Landeschulsprecher Kaweh Mansoori: »Wer ausbildungsfähig ist, muss Ausbildung einklagen können, jederzeit.«

Wieso gehen die Schüler auf die Barrikaden? DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Perspektivlosigkeit in jungen Jahren ist längst ein Massenphänomen: Immer mehr Schüler, insbesondere diejenigen der Abgangsklassen der Haupt- und Realschulen, blicken inzwischen sehr ängstlich und kritisch in die Zukunft. Das liegt auch daran, dass sich viele mit ihren Sorgen alleingelassen fühlen.«

**Das soll sich nun ändern.** »Wir legen bei unserer gemeinsamen Initiative ›Ausbildung für alle‹ großen Wert darauf, dass Schüler sie maßgeblich mitgestalten«, so Rudolf.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer verwies auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1980, nach dem



für ein »auswahlfähiges« Angebot an Ausbildungsplätzen 12,5 Prozent mehr Ausbildungsplätze vorhanden sein müssen als Bewerber. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne sagte: »Das Recht auf Bildung für alle Menschen muss endlich im Grundgesetz festgeschrieben werden. Eine ›Generation Abgeschoben‹ können und wollen wir uns nicht leisten.«

Nun hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) zum 11. Oktober dieses Jahres eine gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegene Zahl der Ausbildungsplätze gemeldet. Also alles halb so schlimm? Mitnichten: Die Aufschlüsselung der Zahlen ergibt gerade mal ein Plus von 8.650 betrieblichen Ausbildungsplätzen. Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze hat sich mit 93.000 zwar mehr als verdoppelt. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock warnt aber: »Eine außerbetriebliche Ausbildung ist immer nur die zweitbeste Lösung: für die jungen Frauen und Männer genauso, wie für die Gesellschaft, die finanziell für die

mangelnden Ausbildungsanstrengungen der deutschen Wirtschaft entstehen muss.«

Und: Unverändert gibt es eine gewaltige Ausbildungslücke von 311.234 fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätzen. Marco Frank, Ausbildungsexperte der DGB-Jugend: »Die Situation bleibt damit weiter mehr als angespannt. Rein rechnerisch kommen durchschnittlich 100 Bewerber auf 70 Ausbildungsplätze.« Der konjunkturelle Aufschwung gehe im Wesentlichen an den mehr als 300.000 Altbewerbern vorbei.

**Die DGB-Jugend** weist zudem noch auf ein anderes Zahlenwerk hin: den Berufsbildungsbericht 2007. Der verzeichnet, dass der Anteil der überhaupt noch auszubildenden Betriebe wieder um zwei Prozent gesunken ist – und nun einen neuen Tiefststand erreicht hat: 21 Prozent. Höchste Zeit für einen Rechtsanspruch auf Ausbildung. [S](#)

Bis 31. Dezember 2007 können Unterschriften für ein Grundrecht auf Ausbildung gesammelt werden. Listen gibt es auf [www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de).

### INHALT

#### 3 *ausbildung + beruf*

**Kaum neue Ausbildungschancen: Die Altbewerber-Initiative des Bundesbildungsministeriums**

**OECD-Report 2007: Jugend in Deutschland benachteiligt**

#### 4 *projekte*

**Lohnende Sache: DGB-Projekt fördert Ausbildungsplätze für Schwerbehinderte**

**Work@gpa: Von der DGB-Jugend getestet – Studierendenarbeit in Österreich**

#### 5 *thema*

**Qualität flau, Übernahme mau: DGB-Ausbildungsreport 2007 diagnostiziert schlechte Lage der Azubis**

#### 6 *jav-ratgeber*

**Taschenkontrolle? Nein! Verrückte Maßnahmen des Arbeitgebers muss nicht man hinnehmen**

#### 7 *bezirke + gewerkschaften*

**BIBB-Studie: AEVO-Aussetzung hat geschadet**

**Top-Aktion: Jugendpolitisches Suppenessen der DGB-Jugend NRW**

### NEUE BROSCHÜRE

## Mobil in Europa



Die neue Handlungshilfe der DGB-Jugend bietet Tipps zu Kontakten, Beratung und Finanzierung rund um das Thema Ausbildung und Berufsbildung in Europa. [S](#)

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de), »Publikationen«, »Broschüren«

## Qualitätsmaßstäbe

**EU: faire Praktika** ■ Die EU-Kommission will die Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft fördern. Aus diesem Grunde wird sie im Jahr 2008 eine Initiative für eine europäische Praktika-Qualitätscharta vorschlagen. Außerdem wird sie Druck auf die EU-Mitgliedstaaten ausüben, damit diese die Rahmenbedingungen für faire Praktika schaffen. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt der Lobby-Arbeit von Generation P zu verdanken, dem europäischen Praktikantennetzwerk, das die DGB-Jugend mitbegründet hat. Generation P wird am 21. November 2007 in Brüssel den Startschuss für eine EU-Petition in Sachen faire Praktika geben.

[www.fairwork-ev.de](http://www.fairwork-ev.de)

## Andere Maßstäbe

**Deutschland: unfaire Praktika** ■ Laut Bundesregierung kann »in der Regel« noch immer keine Vergütung für Praktika in Bundeseinrichtungen gewährt werden. Begründung: Zumeist handele sich um Pflichtpraktika im Rahmen eines Studiums. Auf Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke war vor einem halben Jahr publik geworden, dass Bundes-Praktika meist für lau sind. Im September 2007 hatte die Die Linke erneut nachgefragt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales prüft nun, ob es möglich ist, PraktikantInnen »unbürokratisch« durch Essensgutscheine und Reisebeihilfen zu unterstützen.

## Europa-Befragung

**Junge Deutsche** ■ Junge Deutsche sind europaweit die Faulsten, wenn es um Hilfe bei der Hausarbeit geht. Im Sportverein sind sie dagegen die Aktivsten, wie die EU-Kommission in ihrer ersten repräsentativen Befragung von fast 20.000 Europäern zwischen 15 und 30 Jahren herausfand. Sport und Spaziergänge gehören zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen junger Leute in Europa, noch vor dem Ausgehen und Treffen mit Freunden. Auf Platz drei: Lesen – trotz der Konkurrenz von Fernsehen und Internet. Von den Organisierten in Deutschland sind 71,6% in einem Sportverein. In Dänemark liegen dagegen die Gewerkschaften in der Gunst junger Leute ganz vorn.

Die Studie im Internet (englisch): [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_202\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_202_en.pdf)

## Mehr Studium

**Dienst I** ■ Junge Männer, die ihr Studium nach dem Bachelorabschluss mit einem Masterstudiengang fortsetzen, werden bis zum Masterabschluss vom Zivildienst zurückgestellt. (Bundesrat, Drucksache 226/07)

[www.zentralstelle-kdv.de](http://www.zentralstelle-kdv.de)

## Mehr Sold

**Dienst II** ■ Der Sold für Wehrpflichtige soll am 1. Januar 2008 um zwei Euro pro Tag erhöht werden. Derzeit beläuft er sich auf rund 222 bis 269 Euro für 30 Tage plus einmalig Weihnachts- und Entlassungsgeld. Der unterste Tagessatz beträgt 7,41 Euro. Der Sold wurde seit 1999 nicht mehr erhöht.

## Bildungsflüchtlinge

**Studierende** ■ Im Jahr 2005 waren ca. 75.800 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben, 14% oder 9.300 Studierende mehr als im Vorjahr. Dies ist auf einen starken Anstieg der Zahl der deutschen Studierenden in den Niederlanden und Österreich zurückzuführen. Die Bereitschaft der deutschen Studierenden zu Studienaufhalten im Ausland ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Die drei beliebtesten Zielländer waren 2005 die Niederlande mit 15,7% aller deutschen Studierenden im Ausland, Großbritannien mit 15,3% und Österreich mit 13,4%.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Bedrückte Jugend

**Stress I** ■ Leistungsdruck bestimmt den Alltag der Jugend und der jungen Erwachsenen: 60% fühlen sich in der Schule oder am Arbeitsplatz stark unter Druck. Dies zeigen Daten der Jugendstudie »Timescout«, bei der dieses Jahr deutschlandweit 1.200 junge Leute befragt wurden. In hohem Ausmaß scheinen die Eltern bei den Unter-20-jährigen für Stress zu sorgen: Über 40% der Elf- bis 19-jährigen meinen, dass es die Eltern sind, die Druck auf sie ausüben, damit sich Erfolge in Schule und Ausbildung einstellen.

[www.tfactory.com](http://www.tfactory.com)

## Gedrückte Eltern

**Stress II** ■ Jeder sechste Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Durchschnitt mehr als 48 Stunden pro Woche. Das geht aus der neuen Erwerbstätigenbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA) hervor. Tarifliche Arbeitszeitvereinbarungen würden immer weniger über die tatsächliche Arbeitszeit aussagen. Mehr als die Hälfte der Befragten habe über Zeit- und Termindruck geklagt.

[www.baua.de](http://www.baua.de)

## Viel Erfahrung

**Lehreralter** ■ Lehrer in Deutschland sind älter als ihre Kollegen im OECD-Durchschnitt. Mehr als jeder zweite Pädagoge, der zwischen Kiel und Konstanz bis einschließlich Klasse 10 unterrichtet, war im Jahr 2005 mindestens 50 Jahre alt.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Guter Witz

**Job nicht gleich Job** ■ Ein-Euro-Jobber sind keine Arbeitnehmer und haben demzufolge keinen Anspruch auf Festanstellung. Das hat das Bundesarbeitsgericht entschieden.

Damit wiesen die obersten deutschen Arbeitsrichter die Klage einer Frau zurück, die einen Ein-Euro-Job als Putzfrau bei einer Gemeinde in Rheinland-Pfalz hatte. Die Tätigkeit war befristet. Die Klägerin wollte eine Festanstellung bei der Gemeinde und die Zahlung der für Raumpflegerinnen üblichen Arbeitsvergütung erreichen.

BAG Erfurt, Az.: 5 AZR 857/06

## Ausgebremst

**Trinkverbot** ■ Vom 1. August 2007 an gilt ein absolutes Alkoholverbot für Fahranfänger. Wer in der zweijährigen Probezeit oder vor Vollendung des 21. Lebensjahres als Fahrer eines Kraftfahrzeuges im Straßenverkehr alkoholische Getränke zu sich nimmt, handelt ordnungswidrig. Verstöße gegen das Alkoholverbot können mit einem Bußgeld von bis zu 1.000 Euro und zwei Punkten in Flensburg geahndet werden.

## Projekt-Blog

**Zukunftscamps** ■ Am 24. August 2007 sind sie zu Ende gegangen: die Pilotveranstaltungen der DGB-Zukunftscamps in Flecken Zechlin und Hattingen. Insgesamt 120 Jugendliche haben drei Wochen lang in acht innovativen Projekten gearbeitet. Jetzt wird geprüft, ob und wie die Camps fortgeführt werden können.

Tägliche Berichte vom Leben im Camp sind in einem Internet-Blog nachzulesen: [www.zukunftscamps.de/blog](http://www.zukunftscamps.de/blog)

## Info-Abend

**DGB-Jugend in Aktion** ■ Der Bereich Jugend beim DGB-Vorstand informiert am 14. November 2007 in Berlin Abgeordnete des Bundestages über seine Arbeit.

14. November 2007. *Parlamentarischer Abend der DGB-Jugend, Berlin*

## Personalien

Der Bundesausschuss der Jungen GEW hat ein neues Sprecherteam: **Christin**



C. Richter

**Richter, Andreas Sanchez, Maik Walm.** Der

Vertreter bei der DGB-Jugend ist **Marc Hannappel**. Das Projekt »Students at work« hat zwei neue Berater: **Janis Klusmann** und **Sören Becker**. Sie ersetzen **Daniel Taprogge**, der GEW-Tarifsekretär in Schwerin wird.



M. Hannappel

# Kritische Haltung

**Mehr Ausbildungschancen durch Bausteine? Hermann Nehls über eine Initiative des Bundesbildungsministeriums.**

**W**ider alle Lobreden der Wirtschaft bietet das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen noch lange keine ausreichenden Perspektiven für junge Menschen. Wie auch, wenn man bedenkt, dass 2006 942.000 Absolventinnen und Absolventen aller Schulformen gerade einmal ein Angebot in Höhe von 592.000 Ausbildungsstellen hatten. Die Zahl der Ausbildungsverträge liegt diesen Herbst sicher etwas höher als 2006, doch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Es fehlen über 150.000 betriebliche Ausbildungsplätze. Das prägt die Lebenswirklichkeit junger Menschen und drängt sie – mangels anderer Alternativen – in Ersatzmaßnahmen. Inzwischen hat sich hieraus ein Übergangssystem mit 500.000 jungen Menschen entwickelt.

**Der Innovationskreis Berufliche Bildung** von Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat angesichts dieser Situation einen Vorschlag für Altbewerber entwickelt: Junge Menschen, die sich länger als ein Jahr um einen Ausbildungsplatz bemüht haben, sollen in die Lage versetzt werden, Qualifikationen in Form von Ausbildungssteinen zu erhalten, die aus vorhandenen Ausbildungsordnungen entwickelt werden. Dies soll ermöglichen, die erworbenen Qualifikationen leichter von Unternehmen anerkannt zu bekommen. Außerdem sollen sie

zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung von bisher wenig wirksamen Warteschleifen führen.

Unbestritten ist es sinnvoll, die Situation von Altbewerbern zu verbessern. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob der eingeschlagene Weg des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Abhilfe schafft.

**Unbestritten ist es sinnvoll, die Situation von Altbewerbern zu verbessern, aber sie...**

Wie schwer es ist, die Akzeptanz bei Unternehmen zu fördern, wenn es darum geht, berufliche Vorqualifikationen auf eine Ausbildung anzurechnen, zeigen die Erfahrungen mit § 7 des Berufsbildungsgesetzes. Um jungen Menschen einen

besseren Durchstieg in eine betriebliche Berufsausbildung zu ermöglichen, sollen Unternehmen berufliche Vorqualifikationen auf die Ausbildungszeit anrechnen. Die Unternehmen verwahren sich aber gegen eine Zwangsanrechnung. Auch Rechtsverordnungen der Länder, die vorschreiben, welche Bildungsgänge angerechnet werden sollen, laufen ins Leere, wenn Unternehmen keinen Ausbildungsvertrag mit diesen jungen Menschen abschließen.

Die Gewerkschaften stehen mit ihrer kritischen Haltung gegenüber Ausbildungsbausteinen nicht allein. Die Beauftragten der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Länder im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung haben völlig richtig darauf hingewiesen, dass Jugendliche auch bei einem Umstieg auf Ausbildungsbausteine im Übergangssystem bleiben, dessen Größe deshalb auch nicht schrumpfe. Ebenso bleibe der Alt-

bewerber ein Altbewerber, solange er kein reguläres Ausbildungsverhältnis antreten könne. Außerdem wird eine fundierte Betreuung und Begleitung der Jugendlichen gefordert. Zur wichtigen Frage der Anrechnung heißt es in der Erklärung der Beauftragten vom 13. Juni 2007: »Die von Altbewerbern erfolgreich absolvierten Ausbildungsbausteine können von den Betrieben auf eine reguläre Berufsausbildung angerechnet werden, damit die gesamte Ausbildungszeit für die betroffenen Altbewerber nicht unnötig ausgeweitet wird. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft setzen sich für die Nutzung der Anrechnungsmöglichkeiten ein, wo es betrieblich sinnvoll und möglich ist.«

**...bleiben im Konzept des Ministeriums vom »good will« der Unternehmen abhängig.**

**Altbewerber bleiben**

**also** im Konzept des BMBF vom »good will« der Unternehmen abhängig, das haben die Beauftragten der Wirtschaft hier deutlich gemacht.

Ob der vom BMBF eingeschlagene Weg wirklich neue Perspektiven für Altbewerber schafft, ist zweifelhaft. Sinnvoller scheint mir der Ausbau und die Begleitung der so genannten Externenprüfung zu sein. Junge Menschen haben darüber die Möglichkeit, einen qualifizierten Berufsabschluss über eine Kammerprüfung zu erreichen, der ihnen mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt gibt als perspektivlose Warteschleifen und konjunkturabhängiges Verhalten der Unternehmen. [5]

*Hermann Nehls ist Referatsleiter des DGB-Bundesvorstands im Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung.*



## OECD-REPORT 2007

### Armes Deutschland

Trotz leichter Verbesserungen fällt das deutsche Bildungssystem im weltweiten Vergleich immer weiter zurück: Nach dem neuen OECD-Bildungsbericht 2007 ist Deutschland nicht mehr in der Lage, alle in den nächsten Jahren aus Altersgründen frei werdenden Arbeitsplätze für Ingenieure oder Lehrer mit eigenem akademischen Nachwuchs zu besetzen – geschweige denn auf den weiteren Trend zur Höherqualifizierung auf dem Arbeitsmarkt zu reagieren.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) hat angekündigt, Bund und Länder müssten umgehend Strategien gegen den drohenden Fachkräftemangel entwickeln.

Der Bericht kritisiert erneut die geringe Anzahl von AbiturientInnen und Studierenden in Deutschland sowie die hohe Quote von Ungelernten und Abbrechern.

Während in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren die Anzahl der Studierenden um 5% stieg, legten die 29 anderen wichtigsten Industrienationen im Schnitt um 41% zu. Damit sackt Deutschland im weltweiten Bildungsvergleich vom zehnten auf den 22. Rang.

Derzeit erwerben in Deutschland 20% eines Jahrganges einen akademischen Abschluss. 2000 waren dies erst 14%. Weltweit stieg die Quote im selben Zeitraum jedoch von 20 auf 36%. In Deutschland beginnen derzeit 36% eines Jahrganges ein Studium – mit wieder fallender Ten-

denz. International sind es mehr als 50%, in Australien, Skandinavien und Polen 70% und mehr.

Schavan unterstrich das Ziel von Bund und Ländern, künftig 40% eines Jahrganges an die Hochschulen zu bringen. Dazu sollten auch zwischen betrieblicher Ausbildung und Hochschulen »Türen« aufgemacht werden.

Die OECD kritisiert auch die in Deutschland übliche Aufteilung von Kindern auf unterschiedliche Schulformen. Oberschichtkinder hätten eine mehr als doppelt so große Studienchance. Nur 16% der Studierenden in Deutschland stammten aus Arbeiterhaushalten. [5]

*OECD (Hg.): Bildung auf einen Blick 2007, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2007, 500 S., 6,5 Euro*

# Lohnende Sache

**Ausbildungsplätze für Schwerbehinderte: Der DGB startet ein Pilotprojekt und appelliert an die Wirtschaft.**

Jugendliche mit Behinderung haben oft Probleme, einen passenden Ausbildungsplatz zu finden. Der DGB hat daher ein Pilotprojekt für Schulabgänger mit Körperbehinderung gestartet: Gemeinsam mit den Schwerbehindertenvertretungen und Siemens Professional Education werden Betriebe gesucht, die ab Februar 2008 Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Handicap bereitstellen. Voraussetzung sind mittlere Reife und gute Kenntnisse in Deutsch, Mathematik und Englisch.

»Ziel der Kooperation ist es, den Jugendlichen eine zukunftsfähige Ausbildung zu ermöglichen«, sagt Bianca Köhl, die das Projekt für den DGB koordiniert und am 5. Oktober

2007 einen Online-Chat zum Thema veranstaltet hat.

Mindestens 20 körper-, sehbehinderte oder chronisch kranke Schulabgänger sollen deutschlandweit im Frühjahr 2008 in einem Betrieb einen Ausbildungsplatz zur/zum Industriekauffrau/mann antreten.

**»Ziel der Kooperation ist es, den Jugendlichen eine zukunftsfähige Ausbildung zu ermöglichen.« Bianca Köhl**



20 Ausbildungsplätze für behinderte Schulabgänger schaffen

Aktiv für Behinderte: DGB-Flyer zum neuen Ausbildungsprojekt

Die beteiligten Partner aus Gewerkschaften und Wirtschaft wollen aber auch zeigen, dass sich die Ausbildung Jugendlicher mit Behinderung für beide Seiten lohnt. Köhl: »Das Unternehmen profitiert, weil ein solcher Azubi die Beschäftigungsquote für Behinderte im Betrieb spürbar verbessert. Azubis können auf zwei Pflichtarbeitsplätze angerechnet werden, zählen aber bei der Berechnung dieser Pflichtarbeitsplätze nicht mit.«

Den Praxisteil ihrer Ausbildung absolvieren die zukünftigen Industriekaufleute in ihrem Betrieb. Für

die Theorie geht es dann nach Paderborn ins Siemens-Berufskolleg ATIW.

Ganz bewusst wurde das Berufsbild Industriekauffrau/Industriekaufmann wegen der hohen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und der guten Zukunftsaussichten gewählt. Für rund 180 Unternehmen bildet Siemens bereits mit diesem speziellen Verbund zwischen betrieblicher Ausbildung und Theorielöcken aus. Gesucht werden Betriebe, die dem Projekt zum Erfolg verhelfen, indem sie ihre Ausbildungsmöglichkeiten prüfen und für das integrierte Konzept zur Verfügung stellen.

**Das Projekt soll ein erster Schritt sein**, erklärt Leiterin Köhl. Das Modell soll künftig auf andere Berufsbilder und Bildungspartner ausgeweitet werden. »Grundlage dafür werden auch die Erfahrungen sein«, so Köhl, »die ab kommenden Jahr in der Ausbildungspraxis gesammelt werden.«

Infos: DGB-Bundesvorstand, Bianca Köhl, Tel. 030 / 24 06 05 70, E-Mail: bianca.kuehl@dgb.de, [www.ausbildung.siemens.de/berlin](http://www.ausbildung.siemens.de/berlin)

Literatur: DGB (Hg.): Was ist, wenn es mir passiert? 40 Tipps für Behinderte und von Behinderungen bedrohte Beschäftigte, 48 S., 3 Euro. Zu bestellen: [www.toennesbestellservice.de/besysz](http://www.toennesbestellservice.de/besysz)

## Work@gpa

**Eine Delegation des DGB-Jugendprojekts »Students at work« reiste nach Wien. Fazit: Studierendearbeit beginnt schon vor dem Studium.**

Kathrin Niedermoser ist verantwortlich für die Studierendearbeit bei der GPA, der Gewerkschaft der Privatangestellten, und sie hat sich bereits im Vorfeld sehr für uns engagiert. So haben wir einen tiefen Einblick in das österreichische Sozialsystem, die Hochschulpolitik und öffentliche Institutionen erhalten.

Die Situation in Österreich ähnelt in vielen Punkten der deutschen, weiß Niedermoser. Das große Thema in der Hochschulpolitik: der »offene Hochschulzugang«: Studiengänge sind nicht mit einem Numerus Clausus belegt, sondern stehen allen AbiturientInnen offen.

Doch momentan ist der Zugang in Gefahr: Immer mehr ausländische Studierende kommen an die völlig überlasteten Universitäten. Und darunter sind besonders viele so genannte »NC-Flüchtlinge« aus Deutschland. In den Studien-

gängen, die in Deutschland besonders häufig mit einem NC belegt sind, wurden daher auch in Österreich Zulassungsbeschränkungen eingeführt. Die Studierendengruppe der GPA hat sich dabei klar positioniert: Sie fordert weiterhin den offenen Hochschulzugang. Wenn die Unis zu voll sind, müssen sie eben besser ausgestattet werden.

Die Studierendearbeit ist nicht bei der ÖGB-Jugend angesiedelt, sondern bei der GPA. Organisationspolitisch steht der Gedanke dahinter, dass die meisten AbsolventInnen so schon in der richtigen Gewerkschaft sind, da die GPA die Angestellten organisiert. Die Arbeit beginnt schon vor dem Studium: mit einer intensiven SchülerInnenarbeit auch an allgemeinbildenden Schulen. So passiert es häufig, dass gewerkschaftlich engagierte SchülerInnen dann später in der GPA-Studierenden-Gruppe aktiv sind.

Bei der Studierendearbeit selbst gibt es allerdings viele Parallelen zu der in Deutschland: Auch die GPA setzt als niedrigschwiligen Erstkontakt auf Beratung: sog. Beratungsgutscheine werden ausgegeben. Darüber hinaus ist die Studierendengruppe politisch sehr aktiv, und arbeitet eng mit der Studierendenvertretung zu-

sammen – erst jüngst haben sie zusammen eine große Demo für die Rücknahme der Studiengebühren organisiert.

Besonders spannend: die so genannten Interessengemeinschaften (IGs). Hier werden Gruppen angesprochen, die häufig jenseits des »Normalarbeitsverhältnisses« arbeiten – und das sind auch in Österreich häufig junge Menschen. Es existieren bereits verschiedene IGs: »work@flex« für Honorarkräfte und Selbständige, »work@migration« für MigrantInnen oder »work@education« für BildungsarbeiterInnen. Innerhalb der IG gibt es nicht nur Infos, Hilfe und Vernetzungsangebote, sie sind auch strukturell innerhalb der GPA verankert und mit ihren politischen Anliegen innerhalb der Gremien präsent.

Vernetzung ist auch das Stichwort für österreichische und deutsche JugendgewerkschaftlerInnen: Kathrin Niedermoser und die Studierendengruppe sind neugierig auf »Students at work« und wollen im nächsten Jahr einen Gegebenbesuch abstatten. Weitere Kooperationen sind beim europäischen Sozialforum im September 2008 in Malmö geplant.

Jessica Heyser, politische Referentin der DGB-Jugend

# Qualität flau, Übernahme mau

**Die Wirtschaft brummt, die Azubis auch – sie sind sauer: Für sie hat sich laut DGB-Ausbildungsreport 2007 trotz Konjunktur die Situation verschlechtert. Bestnote: die Lehre zum Industriemechaniker.**

In Deutschland gibt es nicht nur zu wenig Ausbildungsplätze, sondern auch ein massives Übernahme- und Qualitätsproblem bei der Berufsausbildung in den Betrieben. Das belegt der DGB-Ausbildungsreport 2007, für den mehr als 4.000 Azubis in den 25 wichtigsten Ausbildungsberufen befragt wurden.

Nur 16,8 Prozent der befragten Auszubildenden erklärten in diesem Jahr, sie seien sicher, nach der Ausbildung übernommen zu werden. 2006 galt das noch für 22 Prozent. 17,3 Prozent der Azubis gehen davon aus, dass sie nicht übernommen werden. Der große Rest – rund zwei Drittel – blickt noch in eine unsichere Zukunft.

**Bei den Überstunden** hat sich die Situation der Auszubildenden deutlich verschlechtert. In diesem Jahr mussten 42,3 Prozent der Befragten regelmäßig Überstunden leisten – gegenüber »nur« 34,5 Prozent im Vorjahr.

Der DGB sieht durch immer mehr Überstunden die Ausbildungsqualität gefährdet: »Viele meinen, wenn es wirtschaftlich brummt, müssen auch die Auszubildenden mitziehen«, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. »Das machen sie in der Regel auch. Aber Auszubildende sind nicht dazu da, Produktionsspitzen abzufangen«, warnt Sehrbrock vor der zunehmenden Tendenz, die Vermittlung von Ausbildungsinhalten zu vernachlässigen. Darum ist es bereits jetzt in vielen Betrieben schlecht bestellt: Fast ein Drittel der befragten Auszubildenden hat 2007 angegeben, nur »manchmal, »selten« oder »nie« angeleitet zu werden.

»Mit dem Report wollen wir zeigen, dass es messbare Kriterien für eine gute Ausbildung gibt«, sagt Sehrbrock. Das Motto »Besser als nichts« taugt nicht für Arbeitsplätze und erst recht nicht für Ausbildung. »Offenbar haben sich viele junge Leute aber genau damit arrangiert.«

Der wirtschaftliche Aufschwung scheint sich nicht positiv auf die Situation der Auszubildenden auszuwirken: Sie müssen mehr arbeiten und ihre Zukunftsperspektiven bleiben ungewiss. Die Gewerkschaften fordern daher, die Ausbildereignungsverordnung (AEVO) – und damit die Pflicht, sich als Ausbilder zu qualifizieren – umgehend wieder in Kraft zu setzen (siehe auch Seite 7).

**Die besten Noten** gaben zukünftige Verwaltungs- und Bürokaufleute sowie Lehrlinge in den Metall- und Elektroberufen der Industrie ihren Ausbildern. So verbesserten sich die Industriemechaniker gegenüber dem ersten »Ausbildungsreport« von 2006 vom vierten auf

den ersten Platz. Ganz anders sieht es dagegen im Handwerk, im Hotel-, Gast- und Baugewerbe aus. Waren Metall- und Bauberufe im Handwerk 2006 noch im Mittelfeld, bilden sie – aus Sicht ihrer Azubis – gemeinsam mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe das Schlusslicht. 40 Prozent der Lehrlinge in Hotels und Restaurants brechen ihre Ausbildung ab. Die Gründe: Stress, Nacht- und Schichtarbeit sowie Überstunden. »Die Leistung ist angesichts der schlechten Ausbildungsplatzsituation enorm gestiegen«, sagt René Rudolf, Bundesjugendsekretär der DGB-Jugend.

Beim Ranking der 25 häufigsten Ausbildungsberufe zeigt der DGB-Ausbildungsreport sowohl Kontinuität als auch Überraschungen gegenüber dem Vorjahr. Die Industriemechaniker wurden schon genannt – wer sich für diesen Beruf entscheidet, hat gute Chancen, dass fachliche Anleitung, Ausbildungsinhalte und Vergütung stimmen. Das trifft auch auf die kaufmännischen Berufe zu.

**Eine Überraschung** gab es dagegen bei IT-Systemspezialisten, Fachinformatikern und Elektronikern. Sie landen diesmal nur im Mittelfeld des Ausbildungsrankings. 2006 lagen sie noch ganz vorne. Vor allem Fachinformatiker beklagen neuerdings mangelnde fachliche Anleitung. Auch der bei jungen Männern sehr beliebte Kfz-Mechatroniker kommt über das Mittelfeld nicht hinaus. Schuld daran sind vor allem viele Überstunden und ausbildungsfremde Tätigkeiten.

**Im hinteren Mittelfeld** landen die meisten Handwerksberufe. Dies liegt vor allem daran, dass meist in kleineren Betrieben ausgebildet wird. Die Jugendlichen werden zwar fachlich gut angeleitet und in Arbeitsabläufe eingebunden. Das bedeutet aber nicht selten auch mehr Stress und eine schlechtere Arbeitsatmosphäre. Strukturierte Ausbildungspläne haben eine eher geringe Bedeutung.

Dagegen bieten Großbetriebe ihren Auszubildenden oft die Möglichkeit, mehrere Stationen zu durchlaufen und sich kontinuierlich zu entwickeln. Ausbildungspläne werden weitgehend eingehalten. Auf der anderen Seite berichten viele Jugendliche aus Großbetrieben zwar von mangelnder fachlicher Anleitung. Trotzdem sind Azubis in großen Unternehmen im Durchschnitt zufriedener als in kleinen Firmen.

**...Offenbar haben sich viele junge Leute aber genau damit arrangiert.** « Ingrid Sehrbrock

**Ganz weit hinten** in der Rangliste landen Gastronomieberufe, Gärtner und Maler. In diesen Berufen fehlt es

an fachlicher Anleitung. Ausbildungsfremde Tätigkeiten und viele Überstunden sind an der Tagesordnung. ☐

Der DGB-Ausbildungsreport 2007 als Download: [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de), »Publikationen«, »Broschüren«

## AUSBILDUNGS-RANKING

### Bewertung nach Ausbildungsberufen

- 1 Industriemechaniker/in
- 2 Medizinische/r Fachangestellte/r
- 3 Steuer-/Verwaltungsfachangestellte/r
- 4 Industriekaufmann/-frau
- 5 Bankkaufmann/-frau
- 6 Bürokaufmann/-frau
- 7 Verkäufer/in
- 8 Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
- 9 Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte/r
- 10 Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel
- 11 IT-System- u. Informatik Kaufmann/-frau
- 12 Elektroniker/in
- 13 Kraftfahrzeugmechatroniker/in
- 14 Fachinformatiker/in
- 15 Fachverkäufer/in im Nahrungsmittelhandwerk
- 16 Kaufmann/-frau im Einzelhandel
- 17 Friseur/in
- 18 Koch/Köchin
- 19 Anlagenmechaniker/in
- 20 Metallbauer/in
- 21 Tischler/in
- 22 Restaurantfachmann/-frau
- 23 Hotelfachmann/-frau
- 24 Gärtner/in

# Taschenkontrolle – Geht das so einfach?

**Kommt drauf an. Aber: Nicht jede Maßnahme des Arbeitgebers muss man tolerieren. Wie sich JAV-Mitglieder gegen Schikanen der Personalabteilung wehren können.**

**E**ine Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in einer mittelständischen Brauerei, irgendwo in Deutschland: Ihr gehören die drei Azubis André, Jannis und Marie-Luise an. Im Rahmen ihrer Ausbildung absolvieren sie einen Ausbildungsabschnitt im so genannten Flaschenkeller.

An einem Freitag im Spätherbst haben die drei die so genannte Tagesschicht geschafft und freuen sich auf das bevorstehende Wochenende. Als sie sich zusammen mit weiteren Auszubildenden dem Werkstor nähern, bemerken sie, dass es dort nicht weitergeht. Der Grund: Ein Mitarbeiter der Personalabteilung kontrolliert zusammen mit zwei uniformierten Personen eines Wachdienstes Taschen und Rucksäcke.

Als der Personalmensch die drei JAVis entdeckt, führt er sie mit den Worten »Dann wollen wir doch mal sehen, ob auch die Personen, die in den Betriebsversammlungen immer das große Wort führen, eine reine Weste haben«, in das Pförtnerbüro.

Dort kontrolliert er nicht nur den Inhalt der Rucksäcke, sondern lässt auch die Hosen- und Jackentaschen nach außen kehren. Die drei protestieren gegen diese Behandlung. Der Personalmensch zuckt mit den Schultern – das mit der Kontrolle, das hätte schon seine Richtigkeit.

**Gleich am Montagmorgen** geht Marie-Luise zum Betriebsratsvorsitzenden und meldet den Vorfall. Der ist derartig empört, dass er noch am selben Tag sein Gremium zu einer Sondersitzung zusammenruft.

In dieser Sitzung wird den JAVis klar: Im Rahmen seiner unternehmerischen Entscheidungsfreiheit ist selbstverständlich jeder Arbeitgeber berechtigt, Tor-/Taschenkontrollen durchzuführen. Aber diese Freiheit hat Grenzen. Die Durchführung derartiger Maßnahmen bedarf der vorherigen Information und Zustimmung des Betriebsrats.

**Die Grundlage** bildet in diesem Fall § 87 Abs. 1 Nr. 1 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), der die Mitbestimmung in Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer regelt. Unter diesen abstrakten Begriff fallen nach der Rechtsprechung des höchsten deutschen Arbeitsgerichts unstrittig die Durchführung von Tor- und Taschenkontrollen.

Im vorliegenden Fall hat die Arbeitgeberseite also das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats missachtet. Der Betriebsrat hat hier die Möglichkeit, den Arbeitgeber mit Hilfe des Arbeitsgerichts zur Raison zu bringen.

Einem verständigen Arbeitgeber müsste die Rechtslage in diesem konkreten Fall bekannt sein, so dass hier nicht nur ein allgemeiner Unterlassungsanspruch nach § 87 BetrVG, sondern auch

ein besonderer nach § 23 Abs. 3 BetrVG vorliegt, der immer eine grobe Pflichtverletzung der Arbeitgeberseite voraussetzt. Unabhängig, wie das Gerichtsverfahren ausgeht: Auf den Arbeitgeber kommen bei Einschaltung der Arbeitsgerichtsbarkeit erhebliche Kosten zu.

**Darüber hinaus** erfährt die JAV in der Sitzung, dass Betriebsrat und Personalabteilung eine Betriebsvereinbarung zur Durchführung von Tor-, Taschen- und Schrankkontrollen abgeschlossen haben. Danach sollte der Betriebsrat mindestens eine Woche vor der Kontrolle davon in Kenntnis gesetzt werden. Betriebsrat und Arbeitgeber hatten sich geeinigt, dass Taschenkontrollen nur dann zulässig sein sollen, wenn entweder der begründete Verdacht auf Diebstahl von Betriebseigentum besteht oder wenn es sich um eine regelmäßige Kontrolle handelt. Letztere sollten nach vorheriger Absprache mit dem Betriebsrat von der Personalabteilung angeordnet werden.

Im vorliegenden Fall wurde der Betriebsrat weder vorher informiert noch – so ergab die Recherche – bestand ein begründeter Verdacht des Diebstahls. Damit hat die Arbeitgeberseite auch gegen den Inhalt

einer von ihr mitunterschiedenen Betriebsvereinbarung verstoßen.

**Ein weiterer Verstoß** der Arbeitgeberseite liegt deshalb vor, weil zwar bei sämtlichen Beschäftigten kontrolliert wurde, aber nur bei den JAV-Mitgliedern auch noch die Inhalte der Taschen ihrer Hosen bzw. Jacken.

Da offenkundig gerade die Gremiumsmitglieder herausgepickt wurden, liegt hier auch ein Verstoß gegen das sich aus § 78 BetrVG ergebende Benachteiligungsverbot vor. Es wurde auch gegen § 75 BetrVG verstoßen,

wonach der Arbeitgeber alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit zu behandeln hat, wozu auch der Gleichbehandlungsgrundsatz zählt. Ist das Verhalten des Arbeitgebers hier als eine Benachteiligung zu bewerten – wofür Anhaltspunkte sprechen –, ist der Betriebsrat berechtigt, eine Strafanzeige gegen den Verantwortlichen zu stellen.

Denn was viele Arbeitgeber vergessen:

Bei der Behinderung von Angehörigen von Arbeitnehmervertretungsgremien handelt es sich um eine Straftat

(§ 119 BetrVG). Gegen die Verantwortlichen der Arbeitgeberseite könnte ein Verfahren eingeleitet werden – mit einer Geldstrafe ist zu rechnen.

## Hinweis

Beschäftigt sich der Betriebsrat in einer Sitzung mit der Problematik Tor-/Taschenkontrollen bzw. beschließt er Maßnahmen gegen rechtswidriges Verhalten der Arbeitgeberseite, so steht der JAV lediglich das so genannte allgemeine Teilnahmerecht zu (§ 67 Abs. 1 S. 1 BetrVG).

Nur in dem Fall, dass es um Tor-/Taschenkontrollen in der Berufsausbildungswerkstatt geht – also eine Maßnahme, von der im Grunde nur die Auszubildenden betroffen sind –, steht in der betreffenden Sitzung der gesamten JAV das so genannte besondere Teilnahmerecht zu (§ 67 Abs. 1 S. 2 BetrVG).

Ein Stimmrecht nach § 67 Abs. 2 BetrVG hat die JAV allerdings in beiden Punkten nicht. [S](#)



Der JAV-Ratgeber.  
Mit Rechtsanwalt Wolf-Dieter Rudolph, Berlin

**»Dann wollen wir doch mal sehen, ob auch die Personen, die in den Betriebsversammlungen...**

**...immer das große Wort führen, eine reine Weste haben.«**

*Die Personalabteilung*

# Bilanz: Verheerend

**BIBB-Studie: Die AEVO-Aussetzung hat mehr geschadet als genutzt. Von Jörg Ferrando**

**D**ie Eignung der Ausbilder, nachgewiesen durch Ablegung der Ausbildereignungs-Prüfung (AEVO), ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal für die betriebliche Ausbildung. Deshalb war es absolut fahrlässig, dass die SPD-Regierung die entsprechende Verordnung 2002 außer Kraft setzte. Damals hieß es: Die Deregulierung würde zu mehr Ausbildungsplätzen führen.

Eine groß angelegte Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) belegt nun, dass die Aussetzung nichts gebracht hat und der angerichtete Schaden beträchtlich ist – die Forschungsergebnisse bestätigen die Forderung der Gewerkschaften nach sofortiger Wiedereinführung der AEVO. In der Logik der damaligen Minister Clement und Bulmahn hätten die Betriebe nur darauf warten müssen, dass die gesetzliche Regelung in der Ausbildung wegfällt, sie wurde als Ausbildungshemmnis diffamiert. Das Gegenteil war der Fall: Es interessierte die Betriebe nicht wirklich. Nur 20 Prozent der Be-

fragten wussten überhaupt von der Aussetzung. Und nur 16 Prozent fanden sie gut.

Bei dem extrem hohen Anteil von Klein- und Kleinstbetrieben, die traditionell über allerlei Gängelung klagen, wäre etwas mehr Begeisterung durchaus zu erwarten gewesen. Doch auch kleinere Betriebe wissen die Qualität in der Ausbildung zu schätzen. Elf Prozent der Befragten wussten genau, wofür es geht. Von diesen wiederum gab lediglich jeder Zehnte an, dass die Aussetzung der AEVO ihnen geholfen habe, mehr auszubilden.

**Mit sehr viel gutem Willen** könnte man sagen, dass die AEVO-Aussetzung – geht man nach der Selbsteinschätzung der Befragten – maximal 2.100 Ausbildungsplätze pro Jahr gebracht haben könnte. Es ist nicht möglich, diesen Effekt, wenn er denn überhaupt existiert, von den Anstrengungen zur Nachvermittlung im Rahmen des Ausbildungspaktes zu isolieren. Im Klartext: Die Wirkung war so minimal, dass man sie nicht messen kann.


So wenig über positive Wirkungen zu sagen ist, so deutlich treten in der Studie die

negativen Effekte hervor. In Betrieben, die ohne AEVO-Nachweis ausbilden, liegt die Quote der Ausbildungsabbrüche mit 29 Prozent extrem hoch.

Es sei nicht so, dass die Betriebe die AEVO durchgehend als Hemmnis sehen, sondern sie werde durchaus auch als qualitätssichernde Maßnahme gesehen, hören wir von den Verfassern der Studie.

**Noch krasser** scheinen die Ergebnisse einer Kammerbefragung ausgefallen zu sein. Hier wird in weiten Teilen von einem Imageschaden für die Ausbildung gesprochen. 56 Prozent der bei den Kammern Befragten sind für die Wiedereinführung der AEVO in modernisierter Form.

Im Dezember 2007 und Januar 2008 ist die Diskussion zwischen dem Bildungsministerium und den Spitzenorganisationen der Sozialparteien vorgese-

hen. Dann, wenn alles vernünftig abläuft, wird die AEVO wieder in Kraft treten. 



Jörg Ferrando arbeitet im Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik beim Vorstand der IG Metall.

## »Die war ratzfatz leer«

**Linseneintopf geht am besten: Am 17. September 2007 fand in Düsseldorf das »1. Jugendpolitische Suppenessen« der DGB-Jugend NRW statt. Soli aktuell sprach mit Chefköchin Antonia Kühn.**

**In der Einladung zum »1. Jugendpolitischen Suppenessen« stand: »Die spannendsten Gespräche finden bei Konferenzen, Tagungen und Seminaren ja bekannterweise in den Pausen statt...«**

»...so dass wir uns entschlossen haben, die Tagung einfach wegzulassen und stattdessen zur gemeinsamen Pause einzuladen.« Offensichtlich hat es funktioniert. Es kamen Leute von Jugendverbänden wie Falken und Arbeiterwohlfahrt, den Jugendverbänden aller fünf Parteien, aus der Gewerkschaftsjugend, vom Landesjugendring, Handwerksjunioren, Landesschüler- und Studierendenvertreter, Sprecher aus der Verwaltung, aus den Handwerks- und Handelskammern und Staatssekretäre der Ministerien. Auf der Ebene hatten wir eingeladen. Insgesamt waren um die 50 Leute da.

**Was stand auf der Karte?**

Gulasch- und Linsensuppe. Und Minestrone, für Vegetarier.

**Was ging am besten?**

Die Linsensuppe. Die war ratzfatz leer. Man könnte meinen, das hängt mit dem Bild von Gewerkschaften zusammen, das die Leute haben: Die erwarten da Eintopf mit Mettwurstchen und Speck. Vielleicht hat sie aber auch einfach am besten den Geschmack der Teilnehmer getroffen. Das zum Essen.

Inhaltlich ging es um den Ausbildungsstellenmarkt und um die Qualität der Ausbildung. Am interessantesten war, dass es auch um Positivbeispiele ging. Sonst heißt es ja immer: Ausbildung ist zu teuer, Qualität ist nicht bezahlbar. Wir konnten Unternehmern und Politikern klar machen, dass das nicht stimmt.

**Welche Leute waren am hungrigsten?**


Am längsten ausgeharrt haben junge Leute – Partei- und Gewerkschaftsjugend. Die Sprecher und Politiker haben einen schnelleren Abgang gemacht.

**Das war das erste Treffen dieser Art?**

Ja. Wir haben mal gehört, dass es so einen

Lobby-Abend auf Bundesebene gibt, da dachten wir: Gute Ideen kann man klauen. Übrigens mit zum Teil skurrilen Ergebnissen: Landtagsabgeordnete der Grünen haben sich zum Beispiel ganz besonders gefreut – dass die mal irgendwo Vertreter ihres Jugendverbandes treffen. Für die Schülervertreter war vor allem interessant, dass sie ehemalige Aktive ihrer Organisation kennenlernen konnten.

**Wie schätzt du die Aktion ein?**

Die war auf jeden Fall ein Erfolg. Die sind alle rausgegangen und haben gesagt: »Nächstes Jahr bitte wieder.« Wer absagen musste, hat das uns gegenüber sehr bedauert: In Nordrhein-Westfalen gibt es keine Treffen, wo Partei-jugend, Jugendverbände und Verwaltung so unverbindlich zum Gespräch zusammenkommen. 

Antonia Kühn ist DGB-Bezirksjugendsekretärin in NRW.



**WEBTIPP DES MONATS**

Die Gewerkschaften fordern von der Bundesregierung einen sofortigen Verzicht auf neue Gesetzesvorhaben im Bereich der inneren Sicherheit, wenn sie mit Grundrechtseingriffen verbunden sind. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske: »Besonders die Bespitzelung von Journalisten gefährdet nicht nur ihre Berufsausübung, sondern unsere Demokratie insgesamt.« Die Initiative wendet sich unter anderem gegen die Vorratsspeicherung des Telekommunikationsverhaltens der Bevölkerung und verdeckte Online-Durchsuchungen von Computern. Auch die Einführung einer einheitlichen Steuer-Identifikationsnummer ist hochproblematisch. Mit einer zentralen Datensammlung, die persönliche Informationen wie Familienstand oder Religionszugehörigkeit enthält, steigt die Gefahr eines Missbrauchs der Daten.

[www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)



**+ Krasse Girls:** Jugendkulturen sind fast immer Jungenkulturen. Ob HipHop oder Metal, Skins oder Punks, Skater oder Techno – Jungs dominieren. Dennoch gibt es zahlreiche Mädchen in diesen Szenen. Der Sammelband »Krasse Töchter« enthält Texte zu jungen



Frauen in Subkulturen und zur jugendkulturellen Mädchenarbeit.

**Gabriele Rohmann (Hg.): Krasse Töchter. Mädchen in Jugendkulturen, Archiv der Jugendkulturen, Berlin 2007, 312 S., 25 Euro**

**+ Gegen Fremdenfeindlichkeit:** Ihr wollt euch in der Berufsschule oder im Betrieb mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung auseinandersetzen? Dann macht mit beim Wettbewerb »Die Gelbe Hand« gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung.

**Wettbewerb »Die Gelbe Hand«. Einsendeschluss: 17. November 2007. Infos: [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)**

**IMPRESSUM**

*Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Ingrid Kehrbrück

**Herausgeber:**  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

**E-Mail:**  
jkiontke@web.de

**Internet:**  
[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

**Druck:**  
PrintNetwork PN GmbH

**Redaktion:**  
Jürgen Kiontke

**Grafik:**  
Heiko von Schrenk

**Abowerwaltung:**  
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

*Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)*

*Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.*

**+ Gedenkveranstaltung:** Die DGB-Jugend Bayern erinnert in der KZ-Gedenkstätte Dachau an das Novemberpogrom 1938. Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 markierte den Übergang von der Diskriminierung und Ausgrenzung der Juden zur systematischen Verfolgung, die in den Holocaust mündete.

**11. November 2007, 13 Uhr. KZ-Gedenkstätte Dachau. Infos: [www.bayern.dgb.de/jugend/index](http://www.bayern.dgb.de/jugend/index)**

**+ Ordnung:** Fachkraft für Holz- und Bau-tenschutzarbeiten, Sportfachmann/ Sportfachfrau: Für zehn neue oder modernisierte Ausbildungsberufe sind in den vergangenen Monaten Ausbildungsordnungen erarbeitet worden. Wie das funktioniert, erklärt eine neue Broschüre des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

**BIBB (Hg.): »Ausbildungsordnungen und wie sie entstehen«. Im Download: [www.bibb.de/pub/ausbildungsordnungen](http://www.bibb.de/pub/ausbildungsordnungen)**

**SEMINARE**

**Sitzungen leiten und Gruppen moderieren:** Viele Sitzungen hinterlassen bei den Beteiligten das Gefühl eines Ungleichgewichts – vor allem zwischen Aufwand und Ergebnis. In diesem Seminar geht's deshalb ums Handwerkszeug: zeitliche Gestaltung, Arbeitsteilung, Wohlfühlen. Außerdem: Wie man mit Nörglern, Vielrednern und Aussteigern verfährt.

**2. bis 4. November 2007. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode SIM 8621**

**Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit:** Der »Baustein-Ordner« ist weit über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit hinaus bekannt – das Konzept bietet Ansatzpunkte, um Rassismus und Antisemitismus auch in »ganz normalen Seminaren« entgegenzuwirken.

**9. bis 11. November 2007. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode NRA 8623**  
**Anmeldungen: [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)**

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich  Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	